

Marc Coester

Welche Rahmenbedingungen auf kommunaler, auf der Ebene des Bundes und der Länder und welche Strukturen der Vernetzung und Kooperation auf diesen Ebenen zwischen Wissenschaft, Praxis, Verwaltung und Politik bilden das Fundament künftiger, im Sinne gewaltfreien Handelns nachhaltiger und effektiver Gewaltprävention im Bereich vorurteilsmotivierter Gewalt

Wissenschaft

- Als absolute Grundlage für alle vier Bereiche bedarf es praxisorientierter Grundlagenforschung zum Konzept der vorurteilsmotivierten Gewalt, zur Phänomenologie, zu Einstellungsmustern innerhalb der Gesellschaft, zu Vorurteilsstrukturen etc. Auch zu den Fragen einer gemeinsamen Definition und entsprechender Abgrenzungskriterien des Konzeptes vorurteilsmotivierter Gewalt (z.B. welche sozialen Gruppen in einer Definition aufgenommen werden sollten oder wie sich das Konzept der Vorurteils kriminalität von rechtsextremistischen Straftaten unterscheidet) sollte die Wissenschaft praxisrelevante Antworten geben.
- Für die und im Austausch mit den Bereichen Praxis und Verwaltung bedarf es der Entwicklung von Standards und Konzepten zur Fort- und Ausbildung für Akteure in der (kommunalen) Prävention von vorurteilsmotivierter Gewalt.
- Evidenzbasierte Präventionsstrategien sollten mit Modellprojekten breitflächig erprobt werden. Deren Evaluation bedarf auch einer praxisnahen Erforschung der Wirkungen entsprechender Ansätze.

Praxis

- Die Praxis eines präventiven Vorgehens gegen vorurteilsmotivierte Gewalt benötigt (im Austausch mit der Wissenschaft) evidenzbasierte Best Practice und Modellprogramme sowie breite Netzwerkstrukturen aus allen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. Jugendarbeit, Sport, Schule, Kommune, Kirche, staatliche Institutionen etc.) um somit Synergieeffekte nutzen zu können. Für solche

Strategien sind auch Konzepte für die Aus- und Weiterbildung notwendig.

- Besonders die primäre Prävention von Aggression und Gewalt, negativen Urteilsverzerrungen (Vorurteilen) und Peer Group Effekten (als absolute Grundlage vorurteilsmotivierter Gewalt) hat sich als effektiv erwiesen. Entsprechende Strategien sind besonders erfolgreich, wenn diese entwicklungsorientiert und frühzeitig, system-integrativ, vernetzt und langfristig angelegt sind.
- Opferschutz spielt in der Prävention und für den Bereich der vorurteilsmotivierten Gewalt eine besondere Rolle. Ein Netzwerk an Opferhilfe und Beratungsangeboten besteht in Deutschland. Ein Ausbau der grundständigen Ausbildung sowie Angebote einschlägiger Qualifizierungen, die dann zu einem noch breiteren und professionelleren Beratungs- und Hilfsnetzwerk für Opfer von Vorurteilskriminalität in Deutschland führen, erscheinen als geboten.

Verwaltung

- Vorurteilsmotivierte Gewalt hat auch eine strafrechtliche Dimension, die bei Überlegungen zur Prävention eingeschlossen werden sollte.
- Für die Polizei bedeutet dies die Stärkung der Kompetenzen in den Bereichen des Extremismus, der Radikalisierung und Vorurteilsverbrechen sowie die Stärkung der interkulturellen Kompetenz, die konsequente Bekämpfung institutioneller Vorurteilsstrukturen und die Arbeit im staatlichen und nicht-staatlichen Netzwerk. Damit kann die Erkennung und Verfolgung entsprechender Taten verbessert werden.
- Darüber hinaus ist zu prüfen, ob das derzeitige Erfassungs- bzw. Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ den Anforderungen an moderne Phänomene wie der Hasskriminalität noch gerecht wird. Änderungen sollten im Austausch mit der Wissenschaft umgesetzt werden.
- Auch bei der Justiz ist die Stärkung der Kompetenzen in den Bereichen des Extremismus, der Radikalisierung und Vorurteilsverbrechen zu fördern. Viele Nationen haben spezielle Gesetze gegen vorurteilsmotivierte Gewalt eingeführt und sich dabei oftmals an ei-

nem Leitfaden zur Einführung von *hate crime*-Gesetzen der OSZE orientiert. Auch für Deutschland wäre diese Möglichkeit zu prüfen.

- Das Konzept der Hassverbrechen ist opferorientiert. Polizei und Justiz ermitteln Tatverdächtige und verurteilen Täter und Täterinnen, sollten dabei aber die Opfer nicht aus den Augen verlieren. Hierbei sind insbesondere viktimologische Grundlagen zur Vernehmung oder das Wissen über Vermittlungsmöglichkeiten an externe Opferhilfeangebote wichtig.

Politik

- Vorurteilsmotivierte Gewalt hat immer auch einen Botschaftscharakter an bestimmte soziale Gruppen in der Gesellschaft. Die politische Ausrichtung solcher Taten wird hierbei deutlich. Eine klare Positionierung und entsprechende Signale, die Vorurteilskriminalität als gesamtgesellschaftliches Problem thematisieren, sind daher von Seiten der Politik wichtig.
- Politik sollte die Rahmenbedingungen für die Bereiche Verwaltung, Wissenschaft und Praxis ermöglichen. Hierbei geht es z.B. (aber nicht nur) um die Bereitstellung entsprechender Mittel oder die Prüfung bestimmter Gesetzesvorhaben.